

# Ministerin sichert bäuerlichen Landwirten Hilfe zu beim Ackerkauf

11.08.2015 - 07:22 Uhr

Bäuerliche Landwirte beklagen Benachteiligung bei Flächenerwerb. Ministerin sichert zu, Regionalität als Vergabe-Kriterium prüfen zu lassen.

[More Sharing Services](#) [Share on twitter](#) [Share on facebook](#)



[Share on email](#) [Share on print](#)



Intensive Diskussion im Land-Idyll: Agrarministerin Birgit Keller (3.v.l.) besprach mit Thüringer AbL-Vertretern in der Hofkäserei Burgmühle vor allem Probleme des Landerwerbs für bäuerliche Familienbetriebe. Foto: Jens Voigt

Haina. Ein ausladender Tisch unter mächtigen Bäumen, Schmetterlinge umringen mannshohe Malven, derweil eine junge Frau Milchkanen im Bollerwagen zur Käserei bringt – die Szenerie, die sich gestern Thüringens Landwirtschaftsministerin Birgit Keller an der Burgmühle von Haina (Landkreis Gotha) bot, wirkte auf den ersten Blick wie eine fast schon schmerzhaft Landlust-Idylle. Doch in der Diskussion im Schatten der mächtigen Esche ging es durchaus herzlich zur Sache. Denn die in der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) versammelten Landwirte, zumeist kleine Familienbetriebe und Nebenerwerbs-Bauern, sehen sich gegenüber den konventionellen Agrarunternehmen benachteiligt.

Hauptstreitpunkt ist die Landvergabe. Reiko Wöllert, Chef der Hofkäserei Burgmühle und AbL-Geschäftsführer für Mitteldeutschland, beschreibt Keller die Problematik im Stall, wo 30 Ziegen und fünf Kühe gerade eine Weide-Pause einlegen.

Von zunächst einem Hektar bei Übernahme im Jahr 1993 habe man durch sukzessiven Erwerb von Splitterflächen sich auf nunmehr 20 Hektar Weideland erweitern können, inzwischen ist der Rohmilch-Käse so gefragt, dass man auf jegliche Werbung verzichtet.

## **AbL: Familienbetriebe werden benachteiligt**

Aber die Tiere bräuchten eben auch Kraftfutter, so bezieht man etwa Lupinen aus Mecklenburg-Vorpommern. „Das ist eigentlich Wahnsinn“, sagt Wöllert, der ganz dem Prinzip der Vor-Ort-Erzeugung verhaftet ist. So zwischen fünf und 15 Hektar Acker bräuchte er, um autark zu wirtschaften.

Kürzlich offerierte die bundeseigene Bodenverwertungs- und verwaltungs GmbH (BVVG) knapp sechs Hektar Splitterflächen in Haina, ehemalige Feldwege. Wöllert borgte sich bei Freunden 70 000 Euro zusammen – und unterlag einem anderen Bieter aus Gotha, der 123 000 Euro auf den Tisch legte. „Ob der nun wirklich darauf anbauen will, weiß keiner“, sagt Wöllert. Vielleicht wolle der Käufer damit Druck auf Nachbar-Landwirte aufbauen, ihm richtige Felder zu verpachten, mutmaßt Ulrich Möller, der bei Erfurt 60 Rinder mästet. Er kenne solche Fälle.

Auch Michael Grolm, AbL-Verbandsvorsitzender und bekannt geworden als streitlustiger Bio-Imker in Tonndorf (Weimarer Land), ist neulich zum wiederholten Male leer ausgegangen, als die Thüringer Landgesellschaft Flächen veräußerte. „Die gingen an die Agrargenossenschaft, nach dem üblichen Motto: Den Acker kriegt der, der schon drauf ist“, zürnt Grolm. Die bäuerlichen Familienbetriebe würden „systematisch benachteiligt“. Stattdessen drohe auch in Thüringen eine „Heuschrecken-Landwirtschaft“ mit auswärtigen Großinvestoren, die hiesige Betriebe übernehmen und hernach Lohnunternehmer zum Bewirtschaften der Felder schicken. Das könne gerade die neue Landesregierung doch nicht wollen.

„Wir sind gar nicht so weit auseinander“, versichert Keller. Die Gleichberechtigung für den ökologischen Landbau und dessen Ausbau auf zehn Prozent der Fläche stehe schließlich im Regierungsprogramm. Für den neuen Ökoaktionsplan brauche man alle Landwirte als Partner, den Bauernverband ebenso wie die AbL. Hinsichtlich des leidigen Flächenproblems sei die bisherige Praxis, wonach von den Landwirtschaftsämtern versagte Flächenübernahmen lediglich dem Bauernverband zur Weitervermittlung übergeben werden, zu überprüfen. Der Kriterienkatalog für Bewerber, den Keller bis Jahresende in den Landtag einbringen will, werde ohnehin um Öko-Punkte erweitert; denkbar sei deshalb auch, die Regionalität von Interessenten mit einem Bonus zu bedenken. „Aber wir müssen natürlich prüfen, ob das auch rechtlich Bestand hätte“, betont die Ministerin. Schließlich zeige ein entsprechender Katalog der Kirchen, dass zwischen Wunsch und Wirklichkeit Lücken klaffen können. Keller: „Sie können mir glauben, dass ich an zahnlosen Tigern nicht interessiert bin.“

Jens Voigt / 11.08.15 / OTZ